

## Ostkonzferenz in Leipzig: Gastronom Enk sagt ab – „wegen gebrochener Wahlversprechen“



**Sachsens Präsident des Unternehmerverbands ist sauer. Trotz Einladung will Gastronom Dietrich Enk nicht an der Ostministerkonferenz mit Kanzler Scholz teilnehmen. Die Absage hat mit „gebrochener Wahlversprechen“ zu tun.**



Andreas Dunte und André Böhmer

17.11.2023, 13:47 Uhr

---

**Leipzig.** Großer Bahnhof an diesem Freitag in Leipzig. Zur Konferenz „Ostdeutschland 2030 - Heimat und Zukunft“ hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) angesagt. Dabei sind weitere Gäste wie der [Beauftragte der Bundesregierung für die ostdeutschen Länder, Staatsminister Carsten Schneider](#), die ostdeutschen Ministerpräsidenten sowie Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Nicht dabei sein wird Dietrich Enk. Der [bekannte Leipziger Gastronom \(„Pilot“ und „Max Enk“\)](#) ist als [Präsident des sächsischen](#)

[Unternehmerverbands geladen](#). In einem Schreiben an Scholz und Schneider sagt Enk seine Teilnahme „an der Gute-Laune-Veranstaltung im Kunstkraftwerk Leipzig“ ab.

## **„In tiefe Motivations- und Vertrauenskrise gestürzt“**

Er schreibt: „Sie waren so freundlich, mich als Präsident im Ehrenamt des Unternehmerverbandes Sachsen e.V. einzuladen. Als Gastronom und Koch haben Sie mich mit Ihrer gestrigen Entscheidung zur neuerlichen Anhebung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie in eine weitere tiefe Bewältigungs-, Motivations- und Vertrauenskrise gestürzt“, ist in dem auf LinkedIn veröffentlichten Schreiben zu lesen.

In der Nacht zu Freitag war bekannt geworden, dass [die Mehrwertsteuer auf Speisen in Restaurants und Cafés Anfang des Jahres wieder auf 19 Prozent](#) steigen soll. Um die Gastronomie während der Corona-Pandemie zu entlasten, war der Steuerersatz vorübergehend von 19 auf sieben Prozent gesenkt worden. Danach wurde die Regelung wegen der Energiekrise mehrmals verlängert, zuletzt bis Ende dieses Jahres.

Enk kritisiert das als Regierungsunfähigkeit. Insbesondere kritisiert er, dass es anderslautende Verprechen von Politikern der Ampel gegeben habe. Noch zu Beginn der Woche hatte die FDP eine Verlängerung bis Ende 2024 gefordert. Kanzler Scholz hatte im Wahlkampf sogar noch mehr in Aussicht gestellt. Der damalige Finanzminister sagte vor zwei Jahren, er habe der Maßnahme in dem Bewusstsein zugestimmt, dass sie „nie wieder“ abgeschafft werde.

Die Gastronomiebranche hatte zuletzt vehement dafür geworben, die Steuersenkung nicht auslaufen zu lassen. [Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Dehoga warnte zuletzt vor einer Pleitewelle](#). Kritiker wiesen im Falle einer dauerhaften Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Steuerausfälle in Milliardenhöhe hin.

„Ich muss mich heute sammeln, konzentrieren und mit mir selbst und meinem Unternehmen beschäftigen“, schreibt Enk weiter.

LVZ

